Zeitschrift: Thema-Bulletin = Bulletin thématique / Forum Helveticum
Herausgeber: Forum Helveticum
Band: 1 (2001)

Artikel: Die Schweizer Europapolitik ist in der Innenpolitik verankert
Autor: Winkler, Gabriela
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-833117

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 31.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DIE SCHWEIZER EUROPAPOLITIK IST IN DER INNENPOLITIK VERANKERT

Gabriela Winkler, Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik

Die Abstimmung vom 4. März 2001 über die Initiative „Ja zu Europa" hat eines klar gezeigt: Wir sind in unserem Land in der Diskussion über die Integrationspolitik seit 1992 keinen Schritt weitergekommen. Befürworter und Gegner eines EU-Beitrittes halten sich die Waage. Das hat seine tiefliegenden Gründe. Aussenpolitik hatte in der Schweiz nie einen grossen Stellenwert. Die – legitime – Wahrung wirtschaftlicher Interessen unseres Exportlandes bestimmte über Jahrzehnte Kurs und Instrumente.

Der Fall der Berliner Mauer und damit eine völlig neue Europa- und weltpolitische Situation traf die Schweiz noch unvorbereiteter als ihre Nachbarstaaten, die im Hinblick auf ein friedenspolitisches Ziel seit Jahrzehnten das Miteinander unterschiedlichster Völker, Kulturen und Wirtschaften mit allen Mühen, Rückschlägen und Teilerfolgen geübt hatten. Innerhalb von nur drei Jahren versuchte der Bundesrat, den Schweizer Souverän 1992 für den Beitritt zum EWR zu gewinnen.

Nach dessen Scheitern war eine Rückkehr zum Courant normal bilateraler, aussenwirtschaftlicher Verhandlungen angesagt. Das Schweizer Volk hat mit klarem Mehr das Ergebnis der bilateralen sektoriellen Verhandlungen mit der EU gutgeheissen und damit den Weg geebnet für eine Normalisierung unserer Beziehungen zu den EU-Staaten. Mehr nicht, aber auch nicht weniger.

Die Ratifizierung der bilateralen sektoriellen Abkommen gestaltet sich indessen aufwändiger, als die Gegner des EWR-Beitrittes, die sich stark gemacht hatten für die Weiterführung bilateraler Abkommen, glauben machen wollten. Das ist in einer Zeit, da internationale Vereinbarungen meist nur noch multilateral abgeschlossen werden, nicht weiter verwunderlich.

Schattenseiten des Bilateralismus

Der Weg des so genannten Bilateralismus bedeutet konkret, dass wir zwar mit einer EU-Delegation verhandeln, das Verhandlungsergebnis in Bereichen, welche die Römer Verträge tangieren, muss indessen von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union einzeln ratifiziert werden. Da die beiden

Verhandlungsparteien eine Paketlösung von sieben sektoriellen Verträgen beschlossen haben, kann keiner der Verträge in Kraft treten, bevor alle Mitgliedstaaten ratifiziert haben.

Der so genannte Bilateralismus hat auch innenpolitisch durchaus seine Schattenseite. Die Europapolitik, einer der wichtigen Pfeiler unserer Aussenpolitik, wird auch im Inland zum Gegenstand sektorieller Interessen. Es ist nicht mehr allein das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten, welches die Europapolitik prägt, andere Departemente, wie das Verkehrs-, das Justiz- und das Finanzdepartement sind direkt involviert. Nach einem Mitspracherecht verlangen in unserem föderalistischen Staat auch die Kantone. Die innenpolitische Aufbereitung einerseits und die innenpolitische Umsetzung internationaler Abkommen, welche Kompetenzbereich der Kantone tangieren andererseits sind zu einem höchst anspruchsvollen Prozess gediehen.

Was ist das Ziel unserer Aussen- und Europapolitik?

Unglücklicherweise werden in der öffentlichen Diskussion Instrumente und Ziele unserer Aussenpolitik gerne verwechselt. Weder ein bilaterales Abkommen, noch ein Beitritt zu einer internationalen Organisation können ein aussenpolitisches Ziel darstellen. Das Ziel der Aussenpolitik ist einerseits die Interessenwahrung des Landes gegenüber Dritten, andererseits der Einsatz in der Völkergemeinschaft für die Grundwerte, welche unserem Staatswesen zugrunde liegen. Unser Staatsziel und damit auch das Ziel unserer Aussenpolitik steht in der Verfassung klar umschrieben: Förderung der Wohlfahrt und Erhaltung der Souveränität.

Wenn es denn so ist, – und persönlich bin ich überzeugt, dass wir zur Wahrung der Souveränität dort mitreden und mitgestalten müssen, wo die wegweisenden Entscheide für die Völkergemeinschaft fallen –, dann ist das Instrument eines Beitrittsgesuches sowie eines Beitrittes in die Hand zu nehmen. Doch dafür müssen wir innenpolitisch gerüstet sein. Zunächst sind glaubwürdig und nachvollziehbar diejenigen Reformen anzustreben, die wir für das Wohlergehen unseres Landes ohnehin anpacken müssen, ob wir nun vorteilhafterweise früher oder später irgendwelche Integrationsschritte unternehmen oder nicht.

Wir haben eine ganze Reihe innenpolitischer Probleme zu lösen und Reformen vorzunehmen, welche die aussenpolitische Diskussion und ganz besonders die EU-Beitrittsfrage überlagern und belasten.

Welche Debatte wäre zu führen?

Ohne Zweifel wäre die EU-Beitrittsfrage die vordergründig auf der Hand liegende, wichtigste Debatte für unser Land – in politischer und wirtschaftlicher, aber auch in kultureller und ethisch-moralischer Hinsicht. Man mag es bedauern oder nicht, aber unter diesem „Aufhänger" vermeiden wir konsequent die Frage nach der staatspolitischen Identität unseres Landes, der überfälligen innenpolitischen Reform und der Ausrichtung auf ein neues politisches Umfeld. Die Positionierung im internationalen Umfeld ist erst die Folge dieses Reflexionsprozesses. Eines Prozesses, den wir bei der neuen Bundesverfassung ebenso tunlich vermieden haben, wie er in den allzu vorsichtig formulierten aussenpolitischen Berichten des Bundesrates nur zögerlich angeschoben wird.

So oder so – und hier ist ehrliche Aufklärung gefordert – die Schweiz steht vor grossen Veränderungen. Die Rezepte der Vergangenheit helfen nicht weiter. Dogmen und Mythen müssen einer nüchternen Analyse Platz machen. Die Weltgemeinschaft ächtet den Krieg. Die Weiterentwicklung der Menschenrechte und des Völkerrechts sind gemeinsames Ziel. Wo sie missachtet werden, greift die Staatengemeinschaft ein – manchmal mit mehr, manchmal mit weniger Erfolg. In einer solchen Welt ist es für Unternehmen, die sich auf internationalem Parkett bewegen, nicht mehr gleichgültig, ob das Land, in welchem ihr Hauptsitz liegt, aktiv mitwirkender Teil der Staatengemeinschaft sei oder nicht. Die Fragen, welche Veränderungen müssen wir in unserer Wirtschaft in Kauf nehmen, wenn wir draussen bleiben, welche Souveränitätsrechte müssen wir im Falle eines Beitritts abgeben, müssen auf den Tisch. Sicher ist eines: Welchen Entscheid wir auch fällen, die Konsequenzen sind einschneidend und die Schlüsselfrage reduziert sich auf den Punkt, was uns mehr Wohlbefinden und mehr Prosperität bringt.

Die kommenden Jahre müssen ferner genutzt werden, die Schweizerinnen und Schweizer beharrlich und konsequent in die aussenpolitische Neuzeit zu führen. Das kann nur tun, wer bereit ist, „heisse Eisen" mit beiden Händen anzufassen. Diese Diskussion, die Lösung hauseigener dringender Probleme und die Erfahrungen mit den bilateralen Verträgen werden eine weit tragfähigere Basis für eine substantielle EU-Beitrittsdiskussion sein als die gebetsmühlenartig wiederholten Beschwichtigungen, Bekräftigungen auf der einen und die Beschwörung einer düsteren, „fremdbestimmten" Zukunft unseres Landes auf der anderen Seite.